

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Kreditorliste: Nachfolgend Dresden...
Bismarck-Str. 10, 80011
Erlaubnis u. Hauptstadt...
Dresden - K. 1, Kl. 10/11/12/13/14

Bezugspreise bei 100%...
100% bei 100%...
100% bei 100%...
100% bei 100%...

Dresdner Druck- u. Verlags-Gesellschaft...
Dresden, Bismarck-Str. 10, 80011
Nachdruck nur mit schriftl. Genehmigung...
Dresden, Bismarck-Str. 10, 80011
Schuldruckerei Dresden, Bismarck-Str. 10, 80011

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

v. Neurath durchkreuzt Herriots Pläne

Der Reichsaußenminister hat Genf verlassen

Genf, 28. Sept. Reichsaußenminister v. Neurath ist am Mittwoch um 18 Uhr in Begleitung von Legationsrat Voelkers mit dem Fahrplanmäßigen Döller Schnellzug nach Berlin abgereist. Er trifft am Donnerstag nachmittag in Berlin ein. Die Führung der deutschen Abordnung hat der Gesandte v. Rosenburg übernommen. Die Abreise des Außenministers erfolgte mit Rücksicht auf die am Freitag stattfindende Kabinettsitzung, die nicht verschoben werden kann.

Die Abreise des deutschen Außenministers hat in Genf französischen Kreisen völlig überrascht und großes Aufsehen erregt, da man bisher eine derartige Haltung der Reichsregierung nicht gewohnt war. Man hatte auf französischer Seite fest damit gerechnet,

dass der Reichsaußenminister wegen der angekündigten Rede Herriots unverzüglich seine Abreise verschoben und damit seine Kompromissbereitschaft bekunden würde.

Wie zu erwarten war, wird die Abreise von französischer Seite als eine absichtliche deutsche Geste dargestellt, die nur die Gegensätze zwischen der deutschen und französischen Auffassung unterstreichen sollte. In englischen Kreisen beurteilt man dagegen die Abreise des Reichsaußenministers durchaus ruhig und sachlich und weist darauf hin, daß der englische Außenminister bereits vor einigen Tagen abgereist sei und seine Rückkehr völlig ungewiß wäre.

Auf französischer Seite bestand zweifellos die Absicht, Herriot in Anwesenheit des deutschen Außenministers einen großen Triumph in der Völkervereinigung zu ermöglichen, um damit für die weiteren Verhandlungen der Gleichberechtigung eine den französischen Wünschen entsprechende Atmosphäre zu schaffen.

Die Folgerungen aus Genf

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. Sept. Der Reichsaußenminister wird morgen mittags zwischen 1 und 2 Uhr in Berlin zurück erwartet. Im Laufe des Nachmittags wird dann eine Kabinettsitzung stattfinden, die sich nach den Ausführungen der Botschafter, mit laufenden Angelegenheiten beschäftigt. Natürlich steht dabei die außenpolitische

Lage mit im Vordergrund, und es ist möglich, daß diese Beratungen auch am Freitag noch fortgesetzt werden. Für das Reichskabinett wird es sich darum handeln,

die Konsequenzen aus der durch die Verweigerung der Gleichberechtigung geschaffenen Lage zu ziehen.

Inwieweit dabei schon Verhandlungen mit den Mächten in Aussicht genommen werden, die die deutsche These als berechtigt anerkennen und sich auch im übrigen gegen die französischen Forderungen stellen, steht zur Zeit noch dahin. Tatsache ist jedenfalls, daß ein bestimmter Termin für die Rückkehr des Reichsaußenministers nach Genf noch nicht feststeht.

Henderson hofft auf Fortschritte

Genf, 28. Sept. Der Präsident der Abrüstungskonferenz, Henderson, hat der internationalen Presse folgende amtliche Mitteilung gegeben:

Der Präsident der Abrüstungskonferenz hat vor seiner Abreise die bisherigen Vorgespräche weiter fortgesetzt. Im Laufe des heutigen Tages führte er Unterredungen mit Freiherren von Neurath, Baron Aloisi, Benesch, Kalesti, Dymans und Waderaga. Henderson hofft, daß vor seiner Rückkehr nach Genf zu der nächsten Sitzung des Büros am 10. Oktober genügende Fortschritte erzielt sind, um dem Büro einen Bericht erstatten zu können und um das weitere Verfahren in der Frage der Sicherheit und der Gleichberechtigung festzulegen.

Stundung der deutschen Zahlungen

Washington, 28. Sept. Das Schatzamt gibt bekannt, daß die Regierung der veritasgemäß vorerwähnten Stundung der am Freitag fälligen deutschen Zahlungen für Mixed Claims und Befahrungskosten in einer Gesamthöhe von 7,8 Millionen zugestimmt habe.

Schatzsekretär Ogden Mills erklärte, es sei von deutscher Seite vorgebracht worden, daß es Deutschland nicht möglich sei, die zur Zahlung der Raten notwendigen fremden Devisen zu erhalten. Mills fügte hinzu, daß sich für die anderen Schuldnerländer, die insgesamt im Dezember die Summe von 125,5 Mill. Dollar zu begleichen hätten, keine ähnliche Situation ergäbe.

Die neuen englischen Minister ernannt

Macdonald für überparteiliche Staatsführung

London, 28. Sept. Amlich wird mitgeteilt: „Der König von England hat den Rücktritt der drei Minister Lord Snowden, Sir Herbert Samuel und Sir Archibald Sinclair angenommen und seine Zustimmung zu folgenden Ministerernennungen gegeben: Zum Innenminister wurde der bisherige Landwirtschaftsminister Sir John Gilmour ernannt, dessen Nachfolger der bisherige Unterstaatssekretär im Schatzamt, Major Walter Elliot, wird. Zum Staatssekretär für Schottland wird Sir Geoffrey Collins ernannt.“

Macdonald gab heute Abend zugleich im Namen von Lord Sanken und Thomas eine Erklärung ab, in der er sagt: Wir haben vor zwölf Monaten beschlossen, alle gewöhnlichen Parteinteressen außer acht zu lassen, und dieser Entschluß besteht auch heute noch fort. Die Aufgabe ist noch nicht erfüllt und kann nicht erfüllt werden, bis man nicht so oder so zu einer Verständigung über Reparationen und Schulden gelangt ist. Wir werden unsere Bemühungen fortsetzen, bis sie erfüllt ist. Ermüdungen parteipolitischer Natur würden unseren Einfluß im Lande und in der Welt schwächen und würden die gegenwärtige Bewegung zugunsten eines Wiederaufbaues der Weltwirtschaft schädigen.

Am Mittwochabend wurde auch der Brief veröffentlicht, in dem die liberalen Minister ihren Rücktritt begründen. Die wichtigste Aufgabe nach der Rettung des Pfundes, so heißt es unter anderem in dem Schreiben, wäre die Befreiung der Welt von Zollmauern und anderen Handelsbeschränkungen gewesen. Statt dessen habe aber die englische Regierung neue Beschränkungen geschaffen, die zur Erhöhung der Arbeitslosigkeit beitragen. Sodann werden die Einwendungen gegen die Ottawaer Abmachungen dargestellt, die zu einer Erhöhung der Lebensmittelpreise führen müßten.

Schließlich versichern die Minister der Regierung, daß sie die Regierung in allen Fragen, mit Ausnahme der Ottawaer Abmachungen, unterstützen würden.

Wie verlautet, haben auch die folgenden liberalen Regierungsmitglieder ihren Rücktritt angeboten: Der parlamentarische Unterstaatssekretär für Indien Lord Pottolam,

der Bergbauminister Foot, der parlamentarische Unterstaatssekretär des Kolonialamtes Hamilton und der Vertreter des Generalpostmeisters White.

Die Regierungsbildung in Ungarn

Budapest, 28. Sept. Man erwartet mit Bestimmtheit am Donnerstag die Ernennung des bisherigen Landesverteidigungsministers Julius Gömbös zum Ministerpräsidenten. Wie verlautet, hat Gömbös ein festes Wirtschaftsankurbelungsprogramm, das in den letzten 48 Stunden von hervorragenden Fachleuten ausgearbeitet worden ist.

Das Elektrizitätswert in Brüssel durch einen Brand vernichtet

Brüssel, 28. Sept. Im Brüsseler Elektrizitätswert brach, offenbar durch Kurzschluss, ein großer Feuer aus. Die ganze Stadt ist ohne elektrischen Strom. Für die Elektrizitätslieferung steht jetzt nur noch ein untergeordnetes Wert zur Verfügung. Das große Hauptwerk mit seinen riesigen Turbinen ist vollkommen zerstört. Das Feuer entzündete sich in der Maschinenhalle. Die dort befindlichen Arbeiter konnten sich in Sicherheit bringen. Nur ein Arbeiter wurde verletzt, und zwar durch einen Fall bei seiner eiligen Flucht. Eine ungeheure Menschenmenge umlagerte die Brandstelle. Die Schäden werden auf 50 bis 100 Millionen geschätzt. Es ist seit Menschengedenken die größte Katastrophe dieser Art. In dem Werke arbeiteten bei Ausbruch des Brandes 350 Personen. Da auch die städtischen Gasfabriken den Strom der zerstörten Elektrizitätzentrale verwendeten, ist auch die Gasversorgung der Stadt gefährdet.

Bulgarischer Scharfrichter ermordet

Sofia, 28. Sept. Bei einem politischen Zusammenstoß in der Jigenergasse wurde der Scharfrichter Hussein Jazara getötet. Jazara hatte besonders nach dem Sprenganschlag auf die Kathedrale im Jahre 1926 zahlreiche Hinrichtungen vollzogen. Der Mörder konnte bisher noch nicht ermittelt werden.

Mehr Mittelstandspolitik

Das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung ist mit der Notverordnung zugunsten der Landwirtschaft wohl vorläufig abgeschlossen. Seine Maßnahmen erheben den Anspruch, durch Förderung der privaten Unternehmerinitiative mittels Lastenerleichterung und besonderer Kreditveranlassungen bei Neueinstellung von Arbeitskräften die Wirtschaft wieder anzufurbeln. Diese Maßnahmen sollen vor allem dem Gewerbe und der Industrie zugute kommen. Es ist aber vielfach die Befürchtung ausgesprochen worden, daß diese Pläne bei ihrer nunmehrigen Durchführung gerade denjenigen Betrieben nützen, die ohne Rücksicht auf soziale Gesichtspunkte ihre Arbeiterschaft sehr stark vermindert haben, während die sozialen Unternehmungen, die sich ihren Arbeiterstamm auch während der Krise zu erhalten suchten, nun benachteiligt und dadurch in ihrer Konkurrenzfähigkeit erheblich geschädigt werden. Daß hier ein Ausgleich gefunden werden muß, erscheint um so mehr als ein dringendes Gebot der Gerechtigkeit, weil es sich hauptsächlich um kleinere und mittlere Betriebe handelt, deren soziale Gefinnung nunmehr für sie nachteilig wirken soll. Ebenso schwer wiegt wohl der Vorwurf, der Großbetrieb würde mit dem zusätzlichen Kredit aus Steuergutschriften billiger Produktionsmöglichkeiten erhalten als der kleinere und mittlere. Man fürchtet also von der Durchführung des Systems der Steuergutschriften eine Benachteiligung des Mittelstandes zugunsten des Großbetriebes. Dieses Bedenken braucht allerdings keine praktische Bedeutung gewinnen, sofern dafür Sorge getragen wird, daß auch der kleine Steuerzahler, der ja denselben Prozentsatz an Steuergutschriften bekommt wie der große, daraus Kreditmöglichkeiten in vollem Umlange zu gleichen Bedingungen schöpfen kann. Es muß also damit gebrochen werden, daß der Großbetrieb infolge Zentralisierung des Geldwesens in der Reichshauptstadt über bessere Kreditmöglichkeiten verfügt, als der bodenkundliche kleinere Betrieb. Abhilfe kann hier nur geschaffen werden, wenn die Reichsregierung dafür Sorge trägt, daß die Kreditversorgung auch der kleineren und mittleren Betriebe durch eine weitgehende Dezentralisierung des Kreditwesens und durch Vermehrung der Kredite zugunsten der Bankinstitute des Mittelstandes gesichert wird. Der Mittelstand hat gerade während der Deflationsperiode unter den zu knappen Krediten gelitten, während die Großbetriebe weitaus günstiger gestellt waren. Hinzu kam, daß die großen Unternehmungen zur Vornahme von Rationalisierungsmaßnahmen und technischen Verbesserungen das auf dem Kapitalmarkt vorhandene Angebot fast völlig für sich mit Beschlag belegten.

Trotzdem hat sich der Mittelstand, kraft der Persönlichkeitswerte, die in ihm liegen, als viel widerstandsfähiger gegenüber der Krise erwiesen, als die Großbetriebe, die infolge ihrer Unübersichtlichkeit und Schwerfälligkeit in erster Linie von dem gewaltigen Sturze betroffen wurden, das in den drei Krisenjahren durch die deutsche Wirtschaft angedrückt worden ist. Aber andererseits darf nicht vergessen werden, daß die mittelständische Wirtschaft, wie die zunehmenden Klagen nunmehr beweisen, am Ende ihrer Kraft ist. Diese Tatsache rechtfertigt besondere Maßnahmen. Wir haben es begründet, daß der Landwirtschaft durch einen ergänzenden Plan der Reichsregierung Hilfe zuteil werden soll, denn wir müssen Landwirtschaft treiben, nicht nur um der Landwirte willen, sondern weil die Landwirtschaft die Grundlage unseres nationalen Lebens ist und weil ein Zugrundegehen namentlich der kleinen und mittleren Betriebe die Lebensquelle unseres Volkes verschütten würde. Wenn wir jetzt besondere Berücksichtigung des Mittelstandes durch den Staat fordern, so ebenso wenig um der Interessenten willen, sondern weil der Mittelstand in Stadt und Land der Kulturboden der Nation ist, weil er allein die Aufspaltung des Volkes in sich festig bestehende Klassen verhindert, und weil vor allem ein gesunder Mittelstand den notwendigen sozialen Aufstieg vermitteln kann. Staaten, in denen der Mittelstand fehlt, sind aberdies viel krisenempfindlicher, als Staaten, die einen gesunden und zahlenmäßig starken Mittelstand sich erhalten haben. Wenn Nordamerika trotz seiner Kapitalmacht und seiner natürlichen Reichtümer von der Krise so stark erfaßt wurde, so beruht das in erster Linie darauf, daß in diesem Lande riesiger Unternehmungen in allen Wirtschaftszweigen als ausgleichender und vermittelnder Faktor mittelständische Gewerbe, Handels- und Handwerkerunternehmungen völlig fehlen. Umgekehrt weisen die holländische, dänische und auch die französische Volkswirtschaft eine viel größere Krisenfestigkeit auf, als die übrigen Kulturstaaten, weil in ihnen der Mittelstand ein starkes Gewicht besitzt. Je vertrusteter umgekehrt eine Wirtschaft ist, um so anfälliger ist sie gegen internationale Krisen, und um so kurzfristiger wirkt sich der Zusammenbruch einzelner Riesenunternehmungen auf die Volksgesamtheit aus.

Schon im Artikel 164 der Reichsverfassung wird dem Mittelstand im Handel, Handwerk und Gewerbe ein be-